

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen Ländern

- **Ungarische Holocaust-Überlebende und jüdische Überlebende der Blockade Leningrads erhalten eine Einmalzahlung**, so das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Jewish Claims Conference. Die beiden großen jüdischen Opfergruppen waren bisher bei der Wiedergutmachung durch alle Raster gefallen. Etwa 6 500 Überlebende der Besetzung Budapests durch Nazi-Deutschland, die in Ungarn geblieben sind, sollen je eine einmalige Zahlung von 1 900 Euro bekommen. Einige tausend jüdische Überlebende der Blockade Leningrads durch die Wehrmacht in den Jahren 1941 bis 1944, die heute im Westen leben, sollen eine materielle Wiedergutmachung in Höhe von 2556 Euro erhalten (FrRu NF 2/2009)
- **Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, den Kampf gegen Antisemitismus zu verstärken und jüdisches Leben in Deutschland weiter zu fördern.** In dem Antrag vom 4. November 2008 stellt der Deutsche Bundestag fest: (...) Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher. Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebarbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik....“ (FrRu NF 2/2009)
- **Gemeinde weiht Deutschlands größte liberale Synagoge ein.** In einer ehemaligen evangelischen Kirche in Hannover ist Deutschlands größte liberale Synagoge eingeweiht worden. Das Gebäude war in den vergangenen beiden Jahren für rund 3,3 Millionen Euro zum jüdischen Gemeindezentrum umgebaut worden. "Das ist für die gesamte liberale jüdische Bewegung ein großer Tag", sagte die Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen, Katarina Seidler. "Wir gehen mit einem guten Beispiel voran und zeigen, was die jüdischen Gemeinden in Deutschland leisten können."
Bundesweit gibt es laut Seidler 22 liberale jüdische Gemeinden mit rund 4.500 Mitgliedern. Ihr Kennzeichen ist die völlige Gleichberechtigung der Frau in allen religiösen Belangen im Unterschied zu den orthodox ausgerichteten jüdischen Gemeinden. Insgesamt leben in Deutschland rund 200.000 Juden, überwiegend Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. "Wir wollen ein offenes Haus sein, kein Closed-Shop für Juden", sagte die hannoversche Gemeindevorsitzende Ingrid Wettberg: "Die Einweihung ist ein historischer Tag, auf den wir lange hingearbeitet haben. Zur Einweihung der Synagoge "Etz Chaim" (Baum des Lebens) wurden 550 Gäste erwartet, unter ihnen Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), die evangelische Landesbischöfin Margot Käßmann, der katholische Bischof Norbert Trelle sowie die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch. Zugleich führte die Gemeinde ihren neuen Rabbiner Gabor Lengyel in sein Amt ein.
Es ist das zweite Mal in Deutschland, dass eine Kirche zur Synagoge wurde. In Bielefeld hatten Kirchenmitglieder 2007 drei Monate lang die ev. Paul-Gerhardt-Kirche besetzt, um gegen den Verkauf des Gebäudes zu protestieren. Dort wurde im September 2008 eine Synagoge eingeweiht. In Hannover hätten sich dagegen Christen aus der Nachbarschaft positiv über den Umbau der modern gestalteten ehemaligen Gustav-Adolf-Kirche aus dem Jahr 1968 geäußert, sagte Wettberg. Die evangelische Landeskirche sei froh, dass eine gottesdienstliche Nachnutzung gefunden wurde.
Das Land Niedersachsen beteiligte sich mit einer Million Euro an dem Umbau. Die Stadt und die Region Hannover gaben jeweils 500.000 Euro. Rund 1,3 Millionen Euro bringt die Gemeinde durch Spenden und Kredite selbst auf. "Wir haben mit wenigen Eingriffen das Gebäude deutlich verändert", sagte die Architektin Professorin Gesche Grabenhorst. Zu dem Zentrum gehören auch eine öffentliche jüdische Bibliothek, eine Beratungsstelle für Zuwanderer, ein Jugendraum, Büros, ein Café und ein Kindergarten. Derzeit hat die Gemeinde mehr als 600 Mitglieder. (epd 23.01.2009)

- Vatikan: Exkommunikation aufgehoben.** Papst Benedikt XVI. hat die Exkommunikation der vier Bischöfe der traditionalistischen Priesterbruderschaft St. Pius X. aufgehoben. Ein entsprechendes Dekret des Präfekten der Bischofskongregation, Kardinal Giovanni Battista Re, hat der Vatikan bekannt gegeben. Der Papst reagiere damit auf ein Gesuch des Generalsuperiors der Gemeinschaft, heißt es darin. Bischof Bernard Fellay hatte sich am 15. Dezember 2008 neuerlich an die Päpstliche Kommission „Ecclesia Dei“ gewandt, die für die Aussöhnung mit traditionsorientierten Gruppen zuständig ist. In diesem Schreiben versicherte der Prälat auch im Namen der übrigen drei Bischöfe der Gemeinschaft, Bernard Tissier de Mallerais, Richard Williamson und Alfonso de Galarreta, „alle unsere Kräfte in den Dienst der Kirche Unseres Herrn Jesus Christus zu stellen, die die katholische Kirche ist“, ihre Lehren zu akzeptieren. den Primat Petri und seine Vorrechte anzuerkennen.

Die Exkommunikation der Bischöfe der Piusbruderschaft bestand seit 21 Jahren. Die vatikanische Bischofskongregation hatte sie am 1. Juli 1988 festgestellt, einen Tag nach der unerlaubten Weihe der Bischöfe durch den Gründer der Bruderschaft, Erzbischof Marcel Lefebvre. Dieser argumentierte in der Folge, er habe aus einer Notlage heraus gehandelt, um den Glauben der Kirche zu bewahren. Benedikt XVI. habe beschlossen, die kirchenrechtliche Situation der Bischöfe zu überdenken, weil er ihrem „spirituellen Unbehagen“ infolge der Strafe der Exkommunikation mit „väterlicher Einfühlsamkeit“ begegne, heißt es in dem Dekret. Auch glaube er ihren schriftlichen Versicherungen, mit den Autoritäten des Heiligen Stuhles ernsthaft über die bestehenden Differenzen reden zu wollen, um „bald zu einer vollen und zufrieden stellenden Lösung des zugrunde liegenden Problems“ gelangen zu können. Mit der Aufhebung der Exkommunikation wolle man den Beziehungen zu der Bruderschaft „Stabilität geben“. Dieses „Geschenk des Friedens“ zum Ende der Weihnachtszeit solle auch ein Zeichen sein, die „Einheit in der Barmherzigkeit der Universalkirche“ zu fördern und „den Skandal der Spaltung“ zu überwinden, heißt es in dem Dokument. (rv 24.1.2009)
- Die Priesterbruderschaft St. Pius X.** ist eine Priestervereinigung katholischer Traditionalisten. Sie wird 1970 von Erzbischof Marcel Lefebvre gegründet, um an Riten und Lehren der römisch-katholischen Kirche festzuhalten, die das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) aus ihrer Sicht aufgegeben hat. Sie lehnt Konzilsbeschlüsse wie die Öffnung zur Ökumene, Religionsfreiheit, Kollegialität der Bischöfe, Liturgiereform und Anerkennung des Judentums als eigenständigen Heilsweg als „modernistisch“ ab und strebt eine „Erneuerung des Priestertums“ und „Verbreitung und Wiederherstellung der authentischen katholischen Lehre“ an. Sie betreibt ohne Erlaubnis der jeweiligen Diözesanbischöfe Priesterseminare, Priorate und Kapellen. Seit 1994 leitet der von Lefebvre zum Bischof geweihte Bernard Fellay die Piusbruderschaft, die 1975 ihre kirchliche Anerkennung verloren hat. 1988 weiht Erzbischof Lefebvre mit einem anderen Bischof trotz päpstlichen Verbotes vier Bischöfe. Papst Johannes Paul II. exkommuniziert einen Tag später alle sechs Bischöfe. Damit sind sie nicht mehr berechtigt, innerhalb der kath. Kirche die Sakramente zu empfangen und ein kirchliches Amt auszuüben. Gleichzeitig setzt er die Kommission „Ecclesia Dei“ mit dem Auftrag ein, mit dieser Gruppe weitere Gespräche zu führen, um eine endgültige Spaltung zu verhindern. Am 15. Dezember 2008 bittet Bischof Falley um Aufhebung der Exkommunikation. Er begründet das mit einer „geistlichen Notlage“ und verpflichtet sich, „keine Mühe zu scheuen“, um mit dem Vatikan in den noch offenen Fragen zu einer vollständigen und befriedigenden Lösung zu gelangen. Daraufhin hebt Papst Benedikt XVI. am 21. Januar 2009 diese Exkommunikation (nicht aber die Suspension) der vier Bischöfe auf, um ein positives Zeichen für diese Gespräche zu setzen. Zur Piusbruderschaft gehören derzeit weltweit 491 Priester, 215 Seminaristen, 6 Seminare, 88 Schulen, 2 Universitätsinstitute, 117 Brüder und 164 Schwestern. Die Zahl der Gläubigen, die sich zu ihr bekennen, soll um 600 000 Personen umfassen, davon 100.000 in Frankreich. Andere Quellen nennen 150.000 Anhänger. Weitere, ausführliche Informationen über die Piusbruderschaft finden sich bei Wikipedia im Internet. (17.4.2009 H.-G. Spangenberg)
- „Holocaust-Leugnung inakzeptabel“.** Die Äußerungen des britischen lefebvirianischen Bischofs Richard Williamson zum Holocaust sind „in keiner Weise akzeptabel“. Das sagte Vatikansprecher P. Federico Lombardi am Tag der Veröffentlichung des Dekrets, das die Exkommunikation der vier Bischöfe der Piusbruderschaft – darunter Williamson - aufhebt. Williamson hatte in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehsender SVT bestritten, dass die Nationalsozialisten sechs Millionen Juden ermordet haben. Die Rücknahme der Exkommunikation durch Papst Benedikt XVI. stehe aber mit den Äußerungen des Traditionalistenbischofs in keinem Zusammenhang, stellte Lombardi klar. Die Aussagen des Bischofs waren auf breite Kritik gestoßen. Auch die Staatsanwaltschaft im deutschen Regensburg ermittelt in dieser Angelegenheit. Der Obere der

lefebvrrianischen Piusbruderschaft in Stuttgart, Franz Schmidberger, ließ nach Bekannt werden des Interviews auf der Website der Priesterbruderschaft verlauten, „dass für Äußerungen, wie sie Bischof Williamson angeblich gemacht hat, nur der Urheber selber verantwortlich ist und diese nicht die Haltung der Priesterbruderschaft St. Pius X. widerspiegeln“. Bischof Bernard Fellay, der Obere der Priesterbruderschaft St. Pius X., stellte in einem Schreiben an den schwedischen Sender klar, dass es sich um eine „Privatmeinung“ Williamsons handle, und kritisierte das Vorgehen der Redaktion, den Bischof zu historischen Themen zu befragen. (kap/rv 24.01.2009)

- **Zollitsch: „Am Konzil festhalten“.** Die Aufhebung der Exkommunikation der vier Bischöfe, die Erzbischof Marcel Lefebvre am 30. Juni 1988 unerlaubt geweiht hatte, beweist die Bereitschaft Papst Benedikts, der schismatischen Bewegung des verstorbenen Erzbischofs einen weiteren Schritt entgegen zu gehen, um die Einheit der Kirche zu fördern. So kommentiert der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, das veröffentlichte Dekret. Der Papst biete der Priesterbruderschaft Pius X. die ausgestreckte Hand. „Mit ihm hoffe und bete ich, dass man sie ergreift“, so Zollitsch wörtlich. Benedikt XVI. zeige die Möglichkeit der Rückkehr in die volle Gemeinschaft mit der katholischen Kirche und habe zugleich keinen Zweifel daran, dass die Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils unabdingbar Grundlage für das Leben der Kirche sind. (pm 24. Januar 2009)
- **Vatikan: „Nach einem falschen Drehbuch“.** Im Umfeld des Papstes sind viele bestürzt über die neue Antisemitismus-Debatte. Benedikt XVI. hatte die Exkommunikation gegen vier traditionalistische Bischöfe aufgehoben; darunter ist auch der Brite Richard Williamson, der den Holocaust leugnet. Jetzt widerspricht die Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“ vehement dem Eindruck, der Papst rehabilitiere einen Leugner des Völkermords an den Juden. Benedikt habe mit seiner Geste gegenüber der abgespaltenen „Priesterbruderschaft Pius X.“ keineswegs das Zweite Vatikanische Konzil verraten, so die Vatikanzeitung in einem Kommentar, der zum Holocaust-Gedenktag an diesem Dienstag erschien. Die Medien erweckten den falschen Eindruck, dass Benedikt das Gespräch mit dem Judentum oder die Ökumene in Frage stelle. Allerdings sei – so gibt die Vatikanzeitung zu – die Aufhebung der vier Exkommunikationen tatsächlich „nach einem falschen Drehbuch abgelaufen“. Dieser Vermerk im Osservatore ist der erste Hinweis darauf, dass man im Vatikan das zeitliche Zusammenfallen zwischen der Geste des Papstes und dem Skandal um Bischof Williamson bedauert. Mit Verve bekennt sich die offizielle Zeitung des Vatikans zum Dialog mit anderen Konfessionen und Religionen und erteilt besonders dem Antisemitismus eine Absage. Was Holocaust-Leugner verbreiteten, sei „schwerwiegend und bedauerlich“. Im Übrigen sei die Aufhebung der Exkommunikationen ja nur eine Etappe auf dem Weg zur kirchlichen Einheit mit den Anhängern des schismatischen Erzbischofs Marcel Lefebvre. (rv 27.1.2009)
- **Reaktionen aus der jüdischen Welt: „Klarer Affront“.** Kardinal Walter Kasper, der im Vatikan für das Gespräch mit dem Judentum zuständig ist, berichtete in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ von einem scharfen Protest des Rabbiners David Rosen. Der römische Oberrabbiner Riccardo Di Segni betont gegenüber einer italienischen Nachrichtenagentur, mit der Aufhebung der Exkommunikationen habe er kein Problem; das sei eine innere Angelegenheit der Kirche. Das Problem sei vielmehr, dass hier „nicht nur einem einzelnen Holocaust-Leugner Raum und Würde gegeben wird, sondern einer ganzen Bewegung, die nicht das akzeptiert, was das Konzil über die Juden gesagt hat“. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, spricht von einem „klaren Affront“ aus Rom. Mit seiner Geste mache ausgerechnet ein deutscher Papst einen Holocaust-Leugner gesellschaftsfähig, so Korn gegenüber der „FAZ“. Korn äußerte sich positiv über Reaktionen aus der Deutschen Bischofskonferenz; doch blieben sie offenbar „nahezu folgenlos“. Schon am Montag hatte der Zentralrat der Juden die „Priesterbruderschaft Pius X.“ als „dezidiert antisemitisch agierende Gruppe“ verurteilt. Auch die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschlands (ORD) kritisiert die „Wiederaufnahme“ des Traditionalisten-Bischofs Richard Williamson in die katholische Kirche scharf. Der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, ORD-Vorstandsbeirat Julian-Chaim Soussan, sagte, dieser Schritt sei angesichts der Opfer der Shoah „untragbar“. Ein Dialog mit Vertretern des Vatikans sei unter den gegebenen Umständen derzeit nicht möglich. Soussan äußerte sich zum Abschluss der dreitägigen Jahreskonferenz des ORD, die erstmals in Berlin stattfand. Das Verhältnis zum Vatikan sei nach der Debatte um die Karfreitagsfürbite ohnehin angespannt gewesen, so der Rabbiner. Nun habe es einen Tiefpunkt erreicht. Er habe von einem Papst deutscher Herkunft eher erwartet, dass er Shoah-Leugner ausschliesse, nicht aber rehabilitiere. Die „Jerusalem Post“ schlägt derweil der Regierung in Tel Aviv vor, den israelischen Botschafter beim Heiligen Stuhl für drei Monate zurückzurufen. Ein Leitartikel der Zeitung wirft

dem Papst vor, ungewollt „Jahrzehnte des Fortschritts in den Beziehungen zwischen Katholiken und Juden seit Johannes XXIII. zunichte zu machen“. Offenbar habe Benedikt „einfach eine strategische Entscheidung getroffen“: Danach sei das Projekt, „die Ultra-Konservativen wieder in die Kirche zurückzuführen, viel wichtiger als die Beziehung der Kirche zu „ihren geliebten älteren Brüdern““. Die Geste des Papstes sei „ein außergewöhnliches Signal moralischer Gleichgültigkeit“; die „jüdische Würde“ verlange eine „abgewogene Antwort“ darauf. (ansa/rv/kann 27.1.2009)

- **Stellungnahme von Landesbischof Friedrich Weber, Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD):** „Jenseits dieser Fragen zeigt die Aufhebung der Exkommunikationen, dass es unter Umständen möglich ist, Amtsträger (wenn auch suspendiert) der römisch-katholischen Kirche zu sein, ohne in der vollen Gemeinschaft ihres Glaubens zu stehen. Vielleicht erweist sich ja eines Tages dieser Präzedenzfall als ein wichtiger Impuls für das ökumenische Gespräch. Ökumenisch bedenkenswert scheinen mir an diesem Vorgang noch zwei weitere Dinge: Zum einen haben der Generalobere der Priesterbruderschaft und einer der vier betroffenen Bischöfe, Bernard Fellay, für die aus der Sicht Roms illegalen Weihen von 1988 in Anspruch genommen, dass sie eine „Überlebensoperation“ in einer akuten Notsituation gewesen seien, bei der es das Kirchenrecht erlaube, päpstliche Anordnungen zu übertreten. Es sei zum Wohl und um der Kontinuität der Kirche willen geschehen. Auch wenn sich sehr unterschiedliche historische Situationen selbstverständlich nur schlecht miteinander vergleichen lassen, erinnert diese Argumentation an das Anliegen der Reformatoren, in einer Notsituation selbst neue Pfarrer zu ordinieren. Auch damals ging es aus reformatorischer Sicht um die gefährdete Kontinuität der ursprünglichen apostolischen Lehre. Dies ist allerdings ein Gedanke, der der Vatikan bislang nicht für den lutherisch-römisch-katholischen Dialog fruchtbar gemacht habe. Zum anderen stellt sich die Frage: Wenn die Einheit innerhalb der römisch-katholischen Kirche ein so hohes Gut ist und deshalb Großzügigkeit und Nachsicht bis zum äußersten gezeigt werden müssen, warum wird diese Haltung nicht auch in die andere Richtung praktiziert? Hier ist zum einen innerkatholisch z. B. an Vertreter der Befreiungstheologie oder an mit Lehrverboten belegte Professoren zu denken. Darüber hinaus stellt sich jedoch auch die Frage, was solch eine Großzügigkeit für die ökumenische Einheit aller Christen bedeuten könne. (KNA-ÖKI 30.1.2009)
- **Zwischen den Kirchen und den Vertretungen der Juden in Deutschland ist ein belastbares Vertrauensverhältnis entstanden.** Das bekräftigten Spitzenvertreter der zwei großen Kirchen Deutschlands sowie der Allgemeinen und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz bei einer Begegnung in Hamburg. Anlass war der Streit um die Piusbruderschaft. Der Schritt des Vatikans habe zwar das Verhältnis von Christen und Juden in Deutschland belastet, aber nicht nachhaltig stören können, heißt es in einer Pressemitteilung. Juden und Protestanten hätten „dankbar wahrgenommen, dass alle Verantwortlichen in der katholischen Kirche keinen Zweifel an der bleibenden Bedeutung des Konzildokuments „Nostra Aetate“ als Basis für das Verhältnis zum Judentum und zu den anderen Religionen gelassen haben“. – Die im Jahr 2003 gegründete Orthodoxe Rabbinerkonferenz ist mit 25 Mitgliedern der größte Zusammenschluss jüdischer Geistlicher in Deutschland. Sie will das jüdische Leben gemäß der juristischen Regeln des traditionellen Judentums, der Halacha, stärken. Zwei Jahre später schlossen sich sieben nicht-orthodoxe Rabbiner zur Allgemeinen Rabbinerkonferenz zusammen, die die Religionsgesetze liberaler auslegt. In Deutschland leben mehr als 200.000 Juden, von denen etwa 108.000 zu einer der 103 jüdischen Gemeinden gehören. (idea 03.03.2009)
- **Papst-Brief: Aus Fehlern lernen.** Auch dem Vatikan können Fehler unterlaufen: Das räumt Papst Benedikt XVI. in einem persönlichen Brief an die katholischen Bischöfe weltweit zur umstrittenen Rücknahme von Exkommunikationen ein. Dabei kündigt er Konsequenzen an. Das Schreiben wurde im Vatikan veröffentlicht. In dem Brief bekräftigt der Papst nachdrücklich seinen Willen zur Versöhnung, beklagt aber auch die „Feindseligkeit“, die ihm von Katholiken im Streit um die Pius-Bruderschaft und den Holocaust-Leugner Richard Williamson entgegengeschlagen sei. Die Rücknahme der Exkommunikation der vier Bischöfe der Bruderschaft Pius X., darunter Williamson, hatte im Januar weltweit Empörung ausgelöst.
Weitere Kernpunkte des Briefes sind:
Neuorganisation. Die Päpstliche Kommission „Ecclesia Dei“ soll künftig der Glaubenskongregation angegliedert werden. Die Kommission, die sich um die Beziehung zur Pius-Bruderschaft kümmert, stand im Kreuzfeuer der Kritik. „Damit soll deutlich werden, dass die jetzt zu behandelnden

Probleme wesentlich doktrinellem Natur sind, vor allem die Annahme des Zweiten Vatikanischen Konzils und des nachkonziliaren Lehramtes der Päpste betreffen“, schreibt der Papst.

Fall Williamson und Internet unterschätzt. Eine für den Papst „nicht vorhersehbare Panne“ sei es gewesen, dass die Aufhebung der Exkommunikation vom Fall Williamson überlagert wurde. Auch habe man im Vatikan die Bedeutung des Internets unterschätzt. Man hätte die Ansichten Williamsons rechtzeitig erfahren können. Der Vatikan müsse daher in Zukunft dieser Nachrichtenquelle mehr Aufmerksamkeit schenken. Auch sei zunächst „nur ungenügend erläutert“ worden, warum die Exkommunikation der vier Bischöfe zurückgenommen worden sei und was dies bedeute.

Keine Anerkennung. Die Teilrehabilitierung der vier Lefebvre-Bischöfe, erklärt der Papst, sei keineswegs eine Anerkennung der Priesterbruderschaft Pius X. Denn die Exkommunikation treffe Personen und nicht Institutionen, fügt der Papst an. Auch die Lefebvre-Anhänger müssten deshalb das Zweite Vatikanische Konzil vollumfänglich anerkennen, falls sie Teil der katholischen Kirche sein möchten. Der Schritt sei deshalb vielmehr im Sinne der Einheit der Kirche zu verstehen: So stehe für Benedikt XVI. als Oberhaupt der Kirche an erster Stelle, „die Menschen zu Gott zu führen“. Auch sei „die Mühe um das gemeinsame Glaubenszeugnis der Christen – um Ökumene – in der obersten Priorität mit eingeschlossen.“

Tiefes Bedauern und Dank an jüdische Freunde. Benedikt bedauert zutiefst, dass all dies den Frieden zwischen Christen und Juden wie auch den Frieden in der Kirche für einen Augenblick gestört habe. Es betrübe ihn dabei, „dass auch Katholiken, die es eigentlich besser wissen konnten, mit sprungbereiter Feindseligkeit auf mich einschlagen zu müssen glaubten“. Er dankte deshalb u.a. den „jüdischen Freunden“, die geholfen hätten, das Missverständnis schnell aus der Welt zu schaffen und die Atmosphäre der Freundschaft und des Vertrauens wiederherzustellen. (rv/diverse 10.3.2009)

- **Der Holocaust-Leugner Richard Williamson habe dem jüdisch-christlichen Dialog letztlich „einen Gefallen getan“.** Das sagte der Vorsitzende des Internationalen Jüdischen Komitees für Interreligiöse Beratungen (IJCIC), Rabbiner David Rosen, in Rom. Die Debatte um den Traditionalisten-Bischof habe den positiven Einsatz der Kirche für das Judentum ins Licht gerückt. Außerdem stünde jetzt die Pius-Bruderschaft unter besondere Beobachtung, so Rosen. Der Rabbiner war als Mitglied einer Delegation des israelischen Großrabbinats zu Gast im Vatikan. Die jüdischen Vertreter wurden auch von Papst Benedikt XVI. empfangen. Beeindruckt zeigte sich Rosen vom jüngsten Brief Benedikts zur Sache Williamson und die darin geäußerte Wertschätzung des Papstes für seine jüdischen Freunde. Wörtlich sagte Rosen er sei „berührt von diesem Kompliment für die jüdische Seite“. (kna 14.3.2009)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Günstiger mit Israel telefonieren.** Mit der Vorwahl 01029 (1,35 ct./min). Oder: bei www.billiger-telefonieren.de Tarif ausrechnen. (ILI News 29.3.2009)
- **Bayern** eröffnete eine Repräsentanz in Tel Aviv. Sie wird die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und Israel intensivieren. Leiter der Repräsentanz wurde der frühere CSU-Pressesprecher Godel Rosenberg (4.4.09 ILI News)
- **Universität für Christen, Juden, Moslems.** Die erste arabische Hochschule mit christlicher Trägerschaft in Israel kann im Oktober starten. Israel hat nach acht Jahren grünes Licht dafür gegeben, sagte Erzbischof Elias Chacour, melkitischer Erzbischof von Galiläa. Er hatte das Institut im galiläischen Ibillin damals gegründet, weil er der Ansicht ist, dass eine gemeinsame Ausbildung von Christen, Juden und Arabern die besten Voraussetzungen für eine friedliche Zukunft im Nahen Osten schafft. Er betont immer wieder: Palästina gehört nicht den Juden allein oder den Moslems allein – schon gar nicht den Christen, die nach einem beispiellosen Exodus in den vergangenen 25 Jahren nur noch knapp zwei Prozent der Bevölkerung stellen. In der Gesinnung des „Nicht-Besitzes“ sieht Chacour den einzigen Weg zu einer friedlichen Zukunft im Nahen Osten. „Der israelisch-palästinensische Konflikt ist weder ein religiöser noch ein Rassenkonflikt. An seiner Wurzel steht der Anspruch zweier Völker auf dasselbe Territorium. Juden wie Palästinenser fordern seit 70 Jahren: Palästina gehört uns. Und was haben sie damit erreicht? Israel hat niemals Frieden gefunden, und die Palästinenser haben niemals Gerechtigkeit erhalten. Die Ansprüche beider haben Krieg nach Krieg ausgelöst und für die Palästinenser Elend auf Elend. Es ist Zeit zu verstehen, dass es keine exklusiven Eigentumsrechte auf Palästina geben kann. Nicht Palästina

gehört uns, sondern wir gehören zu Palästina! Dieses Land ist ein Ort, an dem wir miteinander leben müssen. Wenn die Juden diese Realität nicht akzeptieren, können sie nicht im Heiligen Land leben. Wenn die Palästinenser diese Realität nicht akzeptieren, dass es auch Juden im Heiligen Land gibt, werden die Palästinenser nie auch nur ein Minimum an Menschenrechten erhalten.“ (rv 23.4.2009)

- **Jerusalem sollte die Hauptstadt sowohl der Israelis als auch der Palästinenser sein.** Diesen Wunsch äußerte der Außenminister Großbritanniens, David Miliband, bei seinem Besuch im jordanischen Amman. Miliband bringe damit die Sorge Londons über eine Entscheidung der israelischen Regierung zum Ausdruck. Diese wolle im östlichen Teil Jerusalems rund 90 palästinensische Wohneinheiten einreißen, mit der Begründung, sie seien illegal gebaut worden. Die Worte Milibands seien eine klare Botschaft an Israel, die Friedensgespräche wieder aufzunehmen. Die Richtung für die Friedensgespräche sei bei der internationalen Konferenz von Annapolis 2007 klar vorgegeben worden. Zudem habe auch der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, erneut Dialogbereitschaft gezeigt. Konkret habe er die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Vertretern der Fatah und der Hamas für den 26. April in Kairo angekündigt. (or 11.4.2009)
- **Tel Aviv ist 100 Jahre alt. Tel Aviv, was übersetzt „Hügel des Frühlings“ bedeutet, ist die zweitgrößte Stadt Israels.** Offizielles Gründungsdatum ist der 11. April 1909. Eine besondere Bedeutung hat Tel Aviv für die Staatswerdung Israels. Der erste Premierminister des Landes, David Ben Gurion, hatte dort die Unabhängigkeit Israels erklärt. Aus den Anfangsjahren der Stadt stammen die zahlreichen Gebäude im Bauhaus-Stil, die heute zum Weltkulturerbe der Vereinten Nationen zählen. Stätten der Frömmigkeit gibt es in Tel Aviv hingegen kaum. Schließlich ist Jerusalem nicht all zu fern. (dr 11.4.2009)
- **Der Tod von Haarzellen im Innenohr** verursacht Hörschaden. Jetzt entdeckten Wissenschaftler der Tel Aviver Universität, dass winzige Moleküle in den Genen für den Zelltod verantwortlich sind. Diese Entdeckung könnte zur Heilung von genetisch- und altersbedingter Taubheit führen. (ILI News 26.04.2009)
- **Eine aktuelle Umfrage ergibt:** 78% der Israelis und 74% der Palästinenser würden eine Zwei-Staaten-Lösung akzeptieren. Die Teilung Jerusalems lehnt jedoch die Mehrheit der Befragten – sowohl Israelis als auch Palästinenser – ab. (ynet; ILI News 26.04.2009))

3. Personen

- **Der israelische Schriftsteller Amos Oz** wurde als erster Israeli mit dem Heinrich – Heine – Preis ausgezeichnet. Die Verleihung fand am 13. Dezember 2008, dem 211. Geburtstag des Dichters, in Heines Heimatstadt Düsseldorf statt. Der mit 50 000 Euro dotierte Preis wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich im Sinne von Heinrich Heine für Menschenrechte, Völkerverständigung und Toleranz einsetzen. Amos Oz, so die Jury, setze sich in seinem Umfeld stets für die Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern ein. Amos Oz wurde am 4. Mai 1939 in Jerusalem als Amos Klausener geboren. Die Bücher des international renommierten Schriftstellers sind bereits in mehr als dreißig Sprachen übersetzt, drei seiner Romane auch ins Arabische. (FrRu NF 2/2009)
- **Prof. em. Dr. Erich Zenger** wurde bei der zentralen Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit am 1. März 2009 in Hamburg mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Mit dem international renommierten Alttestamentler wird ein Jahrzehnte lang in vorderster Reihe kontinuierlich und beharrlich wirkender Förderer des christlich-jüdischen Dialogs auf vielen Ebenen gewürdigt. Er hat im wissenschaftlichen Bereich – auch in Zusammenarbeit mit jüdischen Gelehrten – in Büchern und Kommentarreihen zum hebräischen Teil der Bibel bleibende und zukunftsweisende Perspektiven eröffnet und kräftige Impulse gegeben. (FrRu NF 2/2009)